

Betreff:

Kommunalwahlen am 13. September 2026

Antragstellende:

Wahlstab und Kreissprecher*innenrat des KV Göttingen/Osterode

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge den folgenden Text als Wahlprogramm des Kreisverbandes für die Wahlen zum Stadtrat Göttingen beschließen.

Göttingen ist unser Zuhause.

Radikal sozial.

Klar ökologisch.

Konsequent antifaschistisch.

Programm der Partei Die Linke
für den Stadtrat in Göttingen

Unsere Vision: Eine Stadt, in der wir gut und gerne leben	4
1. Wohnen: Eine Stadt für die Mieter*innen – nicht für Investoren	7
2. Menschen und Umwelt vor der Erderhitzung schützen: Sozial-ökologische Wende für Göttingen	10
3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik	13
4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung kommunaler Betriebe	15
5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für eine Stadt, die investiert	17
6. Sozialen Antifaschismus stärken	20
7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung	21
8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung	23
9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an.	25
10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen	28
11. Sportvereine stärken	30
12. Für eine demokratische Kulturförderung	32
13. Feministische Stadtplanung	34
14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teilhabe fördern	36
15. Inklusive Stadt	38
Wem gehört die Stadt? Für eine Stadt(entwicklung) mit und für die Bürger*innen	39

1 Unsere Vision: Eine Stadt, in der wir gut und gerne le- 2 ben.

3

4 Viele von uns haben einen fordernden Alltag. Ob als Pflegekraft,
5 Busfahrerin, Verkäuferin oder Angestellter in der Verwaltung:
6 Mit unserer Arbeit halten wir Göttingen am Laufen. Neben dem
7 Job kümmern wir uns um andere, unterstützen uns gegenseitig,
8 versuchen berufliche und familiäre Verpflichtungen unter ei-
9 nen Hut zu bekommen. Wir geben jeden Tag unser Bestes, da-
10 mit unsere Liebsten gut leben können.

11 Viele engagieren sich noch zusätzlich ehrenamtlich dafür, dass
12 es anderen besser geht – ob als Feuerwehrmann, Betriebs- oder
13 Personalrat, Trainerin im Sportverein, in einer Klimainitiative
14 oder unterstützend für Menschen, die bei uns Schutz suchen.
15 Zusammenhalt macht stark. Eigentlich.

16 Denn zugleich stehlen sich Verwaltung und Politik aus der Ver-
17 antwortung. Politische Entscheidungen erschweren unser Le-
18 ben und stellen gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe.
19 Wenn Menschen keine bezahlbare Wohnung mehr finden, in
20 ihrem Job für einen schlechten Lohn ausgebeutet werden,
21 wenn Kindern Chancen verbaut statt eröffnet werden, wenn
22 man ein halbes Jahr auf einen Arzttermin warten muss, wenn
23 Busse wegen Personalmangels nicht fahren können und man in
24 jeder Hinsicht abgehängt wird – dann entsteht zu recht Frust.
25 Auf diese Unzufriedenheit setzen rechte Parteien, die mit Sün-
26 denbock-Politik und Hetze unsere Gesellschaft spalten.

27 Wir kämpfen gegen Hetze und Spaltung, aber auch gegen die
28 Ursachen von berechtigter Enttäuschung. Wir setzen uns des-
29 wegen für eine Stadt ein, die für die Menschen sorgt. Eine Stadt,
30 in der nicht ein paar wenige ihre Zäune immer höher ziehen,
31 während immer mehr sich das Leben nicht mehr leisten können

32 — sondern eine Stadt, in der starke Schultern mehr tragen. Göt-
33 tingen braucht eine radikal andere Politik, die in Infrastruktur
34 und somit in die Zukunft investiert, statt bei denen zu sparen,
35 deren Leben sich ohnehin schon wie ein Hamsterrad anfühlt.

36

37 **Wir wollen eine Stadt, in der alle gut und sicher, frei und ge-**
38 **sund leben können:**

39 • weil Mieten, Kitas und der Nahverkehr bezahlbar sind und
40 sich niemand darüber Sorgen machen muss;

41 • weil alle ein Zuhause und eine Heimat finden können – unab-
42 hängig von Herkunft oder Pass;

43 • weil es genügend Ärztinnen, Ärzte und Krankenhäuser gibt,
44 um gut behandelt zu werden;

45 • weil die Ganztagsbetreuung an Schulen gesichert ist, damit
46 Eltern arbeiten und Kinder gut lernen können;

47 • weil alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenfreies Mittag-
48 essen erhalten und Familien finanziell entlastet werden;

49 • weil es Kulturzentren, Theater und Freiräume gibt, in denen
50 wir uns begegnen und eine gute Zeit haben können;

51 • und weil wir konsequent gegen die Erderhitzung kämpfen und
52 uns für eine gesunde Umwelt für alle einsetzen.

53

54 Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein für unsere
55 Heimatstadt. Wir wollen Göttingen gemeinsam mit euch zu ei-
56 ner Vorreiterin für eine am Gemeinwohl orientierte und für alle
57 bezahlbare Stadt, eine sozial faire Klimapolitik und einen enga-
58 gierten Kampf gegen den Faschismus machen. Das alles gehört
59 zusammen.

60

61 **Deshalb treten wir erstmals eigenständig als Die Linke bei den**
62 **Stadtratswahlen an.** Wir wollen Verbündete für alle sein, die
63 sich mehr soziale Gerechtigkeit wünschen und einen Stadtrat

64 sowie eine Verwaltung, die zuhören und das umsetzen, was sie
65 versprechen. Viele andere Parteien haben die Menschen, die
66 Göttingen am Laufen halten, politisch verlassen oder vergessen.
67 Ihre Entscheidungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger ver-
68 kaufen sie als alternativlos, dabei sind unsere Lebens- und Ar-
69beitsbedingungen sehr wohl Ergebnis politischen Willens und
70 Handelns – und damit auch veränderbar.

71

72 **Wir als Linke machen anders Politik.** Wir sind vor Ort. Wir bie-
73 ten zum Beispiel eine kostenlose Nebenkosten- und Mieten-In-
74fosprechstunde an, organisieren Hausaufgabenhilfe für Kinder
75 und unterstützen konkret im Alltag. Wir stärken denen den Rü-
76cken, die sich gegen Missstände zur Wehr setzen.

77 Für dieses Wahlprogramm haben wir zwischen November 2025
78 und April 2026 viele Göttinger*innen gefragt, welche Sorgen sie
79 umtreiben und was sich in unserer Stadt dringend ändern muss.
80 Wir haben Haustürgespräche geführt, soziale Einrichtungen
81 und Belegschaftsvertreter*innen aufgesucht und einen kom-
82munalpolitischen Ratschlag organisiert, bei dem Menschen zu
83 Wort kamen, die sich für ein sozialeres, gerechteres und ökolo-
84gisches Göttingen engagieren. **Dieses Programm** ist für alle,
85 die uns von ihren Sorgen, Hoffnungen und kleinen Träumen er-
86zählt haben. Es **enthält die wichtigsten Projekte und Forderun-**
87 **gen, auf die wir uns in den nächsten fünf Jahren konzentrieren**
88 **wollen.**

89

90 1. Wohnen: Eine Stadt für die Mieter*innen – nicht für 91 Investoren

92

93 Nirgendwo verbringt man so viel Zeit wie in den eigenen vier
94 Wänden. Wir wollen daher nicht nur eine bezahlbare, sondern
95 auch lebenswerte Wohnung haben. Lange Zeit galt der Grund-
96 satz, dass man nicht mehr als ein Drittel seines Einkommens für
97 Miete ausgeben sollte. Davon sind wir weit entfernt.

98 Göttingen gehört zu den Städten mit den höchsten Mietsteige-
99 rungen. Seit 2012 sind die Mieten um mehr als 75 Prozent er-
100 höht worden. Familien, Studierende, Rentner*innen und an-
101 dere einkommensschwache Haushalte finden keinen bezahlba-
102 ren Wohnraum mehr. Für Sozialwohnungen oder Genossen-
103 schaftswohnungen gibt es jahrelange Wartezeiten. Kein Wun-
104 der: Der Bestand an Sozialwohnungen in Göttingen wurde in
105 den letzten rund 30 Jahren um etwa 77 Prozent verringert.

106 Stadtverwaltung, CDU, SPD und Grüne setzen dabei auf Sym-
107 bolpolitik und Profite für Investoren wie Vonovia oder Adler
108 Group. Mit dem Ergebnis, dass Göttinger*innen in Randbezirke
109 abgedrängt werden und die Stadt ihre soziale Durchmischung
110 verliert.

111 Wir wollen eine Stadt, in der allen bezahlbarer, guter Wohn-
112 raum zur Verfügung steht – ohne Spekulation, jenseits der Pro-
113 fitlogik. Boden ist keine Ware, sondern Grundlage für ein soli-
114 darisches Zusammenleben. Sozialwohnungen müssen verdop-
115 pelt, Mieten gedeckelt werden, und die Stadt ihr Steuerungs-
116 recht wahrnehmen. Wohnen ist Daseinsvorsorge, keine Kapi-
117 talanlage. Dafür braucht es einen radikalen Kurswechsel.

118

119 Unsere Vorhaben und Forderungen sind:

- 120 • Die Stadt muss Wohnungen zurückkaufen und Re-
- 121 kommunalisierung fördern, über einen Rekommu-
- 122 nalisierungsfonds und die Stärkung der Eigenkapi-
- 123 talbasis der städtischen Wohnungsbau können jähr-
- 124 lich so 500 bis 1000 Wohnungen in den städtischen
- 125 Bestand übergehen und günstig vermietet werden.
- 126 • Wir stärken den genossenschaftlichen Wohnungs-
- 127 bauunternehmen den Rücken und setzen uns für
- 128 eine stärkere städtische Unterstützung ihrer Aktivi-
- 129 tätäten ein.
- 130 • Wir wollen Boden dem Markt entziehen, keine Flä-
- 131 chen mehr verkaufen, sondern in den Händen der
- 132 Kommune halten und nur noch über Erbbaurecht 99
- 133 Jahre vergeben, verbunden mit strengen Auflagen
- 134 (Sozialbindung, Klimastandards); ein Bodenfonds
- 135 soll perspektivisch zwei Drittel der Göttinger Flä-
- 136 chen in kommunale Hand bringen.
- 137 • Wir wollen das Vorkaufsrecht systematisch nutzen
- 138 und Privatisierungen stoppen.
- 139 • Wir wollen Mietwucher stoppen, indem wir einen
- 140 qualifizierten Mietspiegel einführen, auf dessen
- 141 Grundlage gegen unbegründete Mieterhöhungen
- 142 vorgegangen werden kann.
- 143 • Dazu braucht es eine städtische Melde- und Be-
- 144 schwerdestelle gegen Mietwucher und ausreichend
- 145 Personal, das gegen Missstände vorgehen kann.
- 146 • Gegen Leerstand wollen wir proaktiv vorgehen, z.B.
- 147 indem wir die Grundsteuer C gegen spekulativen
- 148 Leerstand einführen und die Zweckentfremdungs-
- 149 satzung verlängern. Die Verwaltung soll proaktiv
- 150 Leerstand aufspüren, so können wir bis zu 1.500 zu-

- 151 sätzliche Wohnungen schaffen, wie eine unabhän-
152 gige Studie gezeigt hat
- 153 • Wir setzen uns für eine dauerhafte Sozialbindung
 - 154 von Wohnungen ein sowie für eine Quote von 50
 - 155 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten und Ver-
 - 156 dopplung auf 2.400+ Sozialwohnungen in Göttingen.
 - 157 • Wir wollen gemeinnützige Initiativen von Menschen
 - 158 unterstützen, die Häuser für soziale Wohnprojekte
 - 159 kaufen wollen.
 - 160 • Wir wollen Housing-first-Projekte gegen zuneh-
 - 161 mende Wohnungslosigkeit unterstützen, insbeson-
 - 162 dere für wohnungslose FLINTA.
 - 163 • Wir setzen uns für energetische Sanierung im kom-
 - 164 munalen und genossenschaftlichen Wohnungsbe-
 - 165 stand ein.
- 166
- 167 Göttingen gehört seinen Bürger*innen – nicht den Investoren.
168 Wir kämpfen für eine Stadt, in der Wohnen bezahlbar ist, Bo-
169 den gemeinwohlorientiert genutzt wird und alle ein Zuhause
170 haben.

171 2. Menschen und Umwelt vor Erderhitzung schützen: 172 Sozial-ökologische Wende für Göttingen 173

174 Wir alle wollen in einer Stadt leben, die keine Betonwüste, son-
175 dern von einer gesunden Umwelt geprägt ist. Wir wollen saue-
176 rere Luft und Orte zum Abschalten. Wir wollen die Jahreszeiten
177 genießen und uns vor extremer Hitze schützen. Wir wollen unse-
178 rere Umwelt für unsere Kinder und Enkel erhalten.

179 Trotz ambitionierter Ziele wie Klimaneutralität bis 2040 leidet
180 Göttingens Umweltpolitik unter mangelnder Umsetzung. Kli-
181 maziele bleiben bloße Absichtserklärungen, da verbindliche
182 CO₂-Budgets und Klimafolgenabschätzungen für Projekte feh-
183 len. Die Verantwortung ist zwischen Fachbereichen zersplittert,
184 während Autoverkehr weiterhin dominiert und die Umsetzung
185 des Radentscheids stockt. Der ÖPNV ist unattraktiv, teuer und
186 sozial selektiv, was einkommensschwache Haushalte beson-
187 ders belastet. Klimaschutzmaßnahmen wie energetische Sanie-
188 rung führen oft zu Verdrängung oder belasten Mieter*innen,
189 statt soziale Gerechtigkeit zu stärken. Grünflächen stehen un-
190 ter Nutzungsdruck, und Klimaanpassung wird getrennt von so-
191 zialer Stadtentwicklung gedacht. Statt in Infrastruktur zu inves-
192 tieren, setzt die Verwaltung auf Sparpolitik, was langfristige
193 ökologische, soziale und finanzielle Probleme verschärft. De-
194 mokratische Beschlüsse wie der Radentscheid werden nicht
195 konsequent umgesetzt, Transparenz und öffentliche Kontrolle
196 fehlen.

197
198 Wir müssen alles uns Mögliche tun, um die Klimakrise zu be-
199 kämpfen und uns vor den Folgen der Erderhitzung zu schützen.
200 Aber dabei müssen alle mitgenommen werden und ein nach-
201 haltiges, Klima schützendes Leben muss bezahlbar sein. Darum
202 setzen wir uns für eine sozial faire Klimapolitik ein, die nicht auf

203 Kosten von Armutsbetroffenen, Geringverdiener*innen, Arbeiter*innen und Rentner*innen geht.

205 Der „Klimaplan 2030“ der Stadt und das darin gesetzte Ziel,
206 Göttingen bis 2030 klimaneutral zu machen, wird ein Schwerpunkt für unsere Arbeit im Stadtrat sein; Klimaschutz soll
207 Chef*innen-Sache sein, indem es eine klare politische Steuerung gibt. Soziale und ökologische Interessen dürfen dabei
208 nicht gegeneinander ausgespielt werden.

211

212 Im Stadtrat wollen wir eintreten für:

213

214 • ein verbindliches kommunales CO₂-Budget, dessen Einhaltung bei allen Ratsbeschlüssen geprüft werden muss;

215 • jährliche öffentliche Klimaberichte mit Soll-Ist-Vergleichen;

216 • Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe mit klarer Zuständigkeit;

217 • die Beendigung von Flächenversiegelung zugunsten innenstadtnaher, flächensparender Entwicklung sowie die Entsiegelung von Böden und prioritäre Begrünung in dicht bebauten Quartieren;

218 • mehr öffentliche grüne Plätze mit Bäumen, Bänken und Spielgeräten;

219 • kostenfreie Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum;

220 • schattige Aufenthaltsorte, verbindliche Baumschutzsatzungen und sozial-ökologisch gestaltete Hitzeschutzpläne.

221 • den flächendeckenden Ausbau von Photovoltaik auf kommunalen Dächern;

222 • die Nutzung von Abwärme für Nahwärme und den Schutz vor Stromsperrern;

223 • kommunale Programme gegen Energiearmut sowie die

224

- 235 Stärkung der Stadtwerke als sozial-ökologische Akteure.
236 • die konsequente Umsetzung demokratisch beschlosse-
237 ner Bürgerentscheide; transparente Priorisierung und
238 regelmäßige Quartiersforen.
239

240 3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

241

242 Wir alle müssen jeden Tag Wege zurücklegen: zur Arbeit, zum
243 Einkaufen, zur Schule unserer Kinder oder zum Sportverein,
244 zum Arzt oder um Angehörige zu besuchen.

245 Das Verkehrsangebot in Göttingen und in der Region ist daher
246 für alle Menschen wichtig. Hierzu gehört ein gut ausgebauter
247 Nahverkehr, der bezahlbar für alle ist, einen wirksamen Beitrag
248 zum Klimaschutz leistet und den Beschäftigten gute Löhne und
249 Arbeitsbedingungen bietet.

250 Soziale und ökologische Verkehrspolitik muss sich an den Be-
251 dürfnissen von Fußgänger*innen und Radfahrenden orientie-
252 ren und die Grundlagen schaffen, das Auto möglichst oft ste-
253 henlassen zu können. Denn weniger Autoverkehr ist gut für die
254 Verkehrssicherheit, für die Gesundheit der Menschen und für
255 den Schutz vor der Erderhitzung. Das ist aber nur realistisch,
256 wenn beispielsweise die Busse öfter und zuverlässig fahren, die
257 Stadtteile untereinander und die Orte im Umland gut angebund-
258 en sind.

259

260 Wir werden uns im Stadtrat dafür einsetzen:

261 • dass der Radentscheid konsequent umgesetzt und ein
262 sicheres Radverkehrsnetz auf den Hauptachsen ausge-
263 baut wird;

264 • dass Tempo-30-Zonen und Verkehrsberuhigung in
265 Wohnquartieren eingeführt werden;

266 • dass Parkraum zugunsten von Grün- und Aufenthaltsflä-
267 chen umgewidmet wird;

268 • dass der ÖPNV nicht weiter kaputtgespart, sondern aus-
269 gebaut wird;

270 • dass die Linienplanung und Fahrzeiten an die echten Be-
271 darfe der Bürger*innen angepasst werden bspw. an die

- 272 Schichtdienstzeiten des UMG und es zu Stoßzeiten zu ei-
273 ner Taktverdichtung kommt;
- 274 • dass die eingemeindeten Dörfer und der Landkreis bes-
275 ser und zuverlässig an den ÖPNV angebunden werden;
- 276 • dass der Göttinger Nahverkehr vollständig auf E-Busse
277 umgestellt wird;
- 278 • dass ein Park+Ride-System eingeführt wird, damit Pend-
279 ler*innen ihr Auto an der Stadtgrenze stehen lassen
280 können und die Stadt autofreier wird, mit Ausnahmen
281 für öffentlichen Nahverkehr, Lieferverkehr und Men-
282 schen mit Beeinträchtigungen;
- 283 • dass die Busfahrer*innen besser bezahlt werden und
284 bessere Arbeitsbedingungen bekommen;
- 285 • dass Busfahren für die Bürger*innen kostenlos wird und
286 im ersten Schritt die Ticketpreise deutlich günstiger
287 werden;
- 288 • dass Fahrradinfrastruktur ausgebaut wird: mehr Fahr-
289 radparkhäuser, überdachte und sichere Abstellmöglich-
290 keiten bspw. an Nahverkehr-Haltestellen;
- 291 • dass Schul- und Alltagswege sicher gemacht werden:
292 Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr
293 Zebrastreifen, sichere Querungen an Hauptstraßen;
- 294 • dass Einwohner*innen an der Umgestaltung von Stra-
295 ßen und Plätzen beteiligt werden.
- 296
- 297

298 4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung 299 kommunaler Betriebe

300

301 Als Arbeitende wollen wir gute Arbeitsbedingungen und hö-
302 here Löhne. Dies gilt auch für diejenigen, die für die Stadt ar-
303 beiten. Hierzu brauchen wir starke kommunale Betriebe, die
304 eine Vorreiterrolle für gute und sichere Arbeitsbedingungen
305 übernehmen müssen – seien es die städtischen Kitas, die Göt-
306 tinger Verkehrs- oder Küchenbetriebe, die Göttinger Werkstät-
307 ten oder die städtische Verwaltung als großer Arbeitgeber.
308 Die Stadt nutzt ihre Möglichkeiten für gute Löhne, Arbeitsbe-
309 dingungen und Personalplanung jedoch nicht. Stattdessen
310 spart sie an Personal, setzt teils auf prekäre Verträge und mu-
311 tet ihren Beschäftigten eine hohe Arbeitszeitverdichtung zu,
312 was zu Überlastung und krankheitsbedingten Ausfällen führt.

313

314 Im Stadtrat werden wir daher:

- 315 • für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand eintre-
316 ten. Energie, Wasser und Abfallentsorgung sind Grund-
317 rechte, die nicht auf Kosten der Angestellten sowie der
318 städtischen Bevölkerung privatisiert, ausgelagert und
319 einer Gewinnmaximierung unterworfen werden dür-
320 fen.
- 321 • Ausgliederungen, Leiharbeit oder prekäre Beschäfti-
322 gung in kommunaler Verantwortung unterbinden;
- 323 • darauf drängen, dass die Tarifbindung in allen kommu-
324 nalen Betrieben sicher und konsequent angewendet
325 wird;
- 326 • Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen bei der
327 Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen einfor-
328 dern;

- 329
- 330
- 331
- 332
- 333
- 334
- 335
- 336
- 337
- 338
- 339
- 340
- 341
- eine Entlastung der Beschäftigten in kommunalen Betrieben und der Verwaltungen anstreben, indem wir mehr Personal einstellen und der derzeit stattfindenden Arbeitsverdichtung entgegenwirken;
 - für die Stärkung von Personal- und Betriebsräten und gewerkschaftliche Mitbestimmung eintreten, u.a. durch ein Betriebsräte- und Gewerkschaftsforum der Stadt, bei dem diese sich einmal im Jahr mit Belegschaftsvertreter*innen dazu berät, was besser werden muss in Göttingen;
 - an der Seite von Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpfen.

342 5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für eine Stadt, 343 die investiert 344

345 Wir alle wollen uns auf die Infrastruktur der Stadt verlassen
346 können – egal ob Straße, Schule, Bus oder Gesundheitsversor-
347 gung. Göttingen brüstet sich gerne mit seinem Potenzial: Hoch-
348 schulen und Gesundheitssektor als größte Arbeitgeber, viele
349 starke Kleinbetriebe, Selbstständige und Start-ups, ein ab-
350 wechslungsreiches kulturelles und Naherholungsangebot –
351 kurz: eine vielfältige Stadtgesellschaft. Die Finanz- und Wirt-
352 schaftspolitik Göttingens muss diese Stadtgesellschaft stärken:
353 sozial, gemeinnützig und nachhaltig.

354 Die Sparpolitik der anderen Parteien führt nicht nur zu einer
355 zerfallenden Infrastruktur, und somit auch zu drohender Ab-
356 wandern von Unternehmen und Arbeitskräften. Sie lässt vor
357 allem auch die Lebensqualität der Menschen, die hier wohnen,
358 spürbar sinken. Sie führt zu Politikverdrossenheit und sozialer
359 Verzweiflung. Wer an diesen Stellen spart, treibt die Menschen
360 in die Arme der AfD und anderer rechter Kräfte.

361 Göttingen steht an einem Scheideweg. Entweder wir setzen
362 weiter auf Sparen und Verfall, um kurzfristig die Bilanzen zu
363 schönen – oder wir investieren in eine Stadt, die für alle lebens-
364 wert und sozial gerecht ist. Wir wollen einen Zukunftshaushalt,
365 der Bildung, Soziales, Kultur und Ökologie priorisiert und damit
366 langfristig den Etat entlastet.

367

368 Im Stadtrat werden wir uns einsetzen für:

- 369 • Investitionen mit Vorrang für Bildung, Kinder- und Ju-
370 gendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe
371 statt Kürzungen bei Pflichtaufgaben; Planbarkeit für Ju-
372 gendhilfe und soziale Projekte.

- 373 • Entschuldung statt Sparprogramme: Das Land Nieder-
374 sachsen muss die Kommunen finanziell entlasten, Auf-
375 gabenübertragung von Bund und Land auf die Kommu-
376 nen muss vollständig finanziert werden, und zwar dau-
377 erhaft.
- 378 • Boden, Daseinsvorsorge und Wohnungen in kommuna-
379 ler Hand – statt Privatisierung und Verkauf an Investo-
380 ren.
- 381 • Steuergerechtigkeit für Göttingen, indem besonders
382 wohlhabende Menschen und Unternehmen Verantwor-
383 tung übernehmen und zur Finanzierung des Zukunfts-
384 haushalts beitragen – denn sie profitieren auch am
385 meisten von einer soliden Stadtgesellschaft und Infra-
386 struktur;
- 387 • Eine Prüfung aller kommunalen Möglichkeiten für die
388 Staffelung von Steuern und (Sonder-)Abgaben, darunter
389 die Staffelung der Grundsteuer auf Gewerbeflächen für
390 Großunternehmen sowie der Grundsteuer auf Wohnim-
391 mobilien über 1 Mio. € und eine Leerstandsabgabe;
- 392 • Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie es Die
393 Linke bundesweit konsequent fordert: für Göttingen
394 wären das ca. 40 Mio. Euro, jedes Jahr!
- 395 • eine an gute und tarifgebundene Arbeitsplätze gekop-
396 pelte Wirtschaftsförderung, Unterstützung von Genos-
397 senschaften und solidarischen Wirtschaftsmodellen,
398 und Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch
399 Beschäftigte;
- 400 • Betriebe, die auf nachhaltige, gesellschaftlich notwen-
401 dige Produktion umstellen – statt Abhängigkeit von Rüs-
402 tungsindustrie oder Spekulation herzustellen;
- 403 • Ein Gründer:innenzentrum für kollektive und gemein-
404 wohlorientierte Projekte.

- 405 • Transparenz und Mitbestimmung und öffentliche Bera-
406 tungen aller finanzwirksamen Entscheidungen in Räten
407 und Ausschüssen sowie einfache, verständliche Haus-
408 haltsberichte für Bürger:innen.

409

410 Linken wird in der Regel unterstellt, keinen Sinn für eine funkti-
411 onierende Wirtschaftspolitik zu haben. Die Realität zeigt jedoch,
412 dass die regierenden Parteien offensichtlich nicht in der Lage
413 sind, gesellschaftliche Umverteilung im Interesse der Mehrheit
414 zu organisieren. Sie machen Politik im Interesse weniger und
415 hinterlassen uns große Schuldenberge. Ein Haushalt, der nur
416 noch durch Kürzungen zusammengehalten wird, ist kein Haus-
417 halt mehr – er ist ein Notstand – und so fühlt sich das Leben
418 darunter dann auch an.

419 Wir treten dagegen für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik ein,
420 die das Leben der arbeitenden Bevölkerung leichter macht –
421 sozusagen eine linke Standortpolitik für die Menschen. Dazu
422 gehören bezahlbarer Wohnraum, zuverlässiger Nahverkehr,
423 gute Kinderbetreuung und vieles mehr.

424

425 6. Sozialen Antifaschismus stärken

426

427 Eine Stadt, die sich um die Menschen sorgt, muss sich gegen
428 Faschismus, Rassismus und Antisemitismus positionieren.
429 Während einige spalten und hetzen, halten wir zusammen.

430 Die neuen Faschist*innen werden wir nur zurückdrängen, wenn
431 wir zwei Wege gleichzeitig gehen:

432

433 • Erstens müssen wir die sozialen und grundlegenden Ur-
434 sachen bekämpfen, die Menschen zu AfD und Co. trei-
435 ben: Armut, soziale Unsicherheit, eine kaputte Verwal-
436 tung, fehlende Ärzt*innen, Parteien und Politiker*innen,
437 von denen sich die Menschen vergessen und verlassen
438 fühlen. Antifaschismus heißt für uns auch antifaschisti-
439 sche Finanz- und Wirtschaftspolitik: Kein Sozialabbau,
440 sondern Investitionen: Vorrang für Bildung, Kinder- und
441 Jugendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe.

442

443 • Zweitens wollen wir antifaschistische Bildung und anti-
444 faschistisches Engagement stärken. Wir werden uns da-
445 rum für die Einrichtung eines städtischen Fördertopfs
446 einsetzen, aus dem antifaschistische Bildungsprojekte
447 zuverlässig Mittel beantragen können.

448

449 • Außerdem werden wir vorschlagen, den „Alexander Sel-
450 chow-Preis“ für herausragendes antifaschistisches En-
451 gagement einzuführen. Der Antifaschist Alexander Sel-
452 chow wurde 1991 in Rosdorf von Neonazis ermordet.
453 Erinnern heißt kämpfen!

454 7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung

455

456 Wir alle haben mehr Freude am Leben und können uns besser
457 einbringen, wenn wir gesund sind. Und wenn wir krank werden,
458 wollen wir uns auf eine zuverlässige, wohnortnahe Versorgung
459 und Behandlung verlassen können. Hier gibt es viel zu tun.

460 Nicht nur, dass es mangels Einrichtungen schwer ist, einen Arzt-
461 termin zu erhalten, die Wege sind zudem oft lang. Dabei ist eine
462 wohnortnahe Versorgung für Jung und Alt unheimlich wichtig.
463 Gerade für Eltern mit Kindern oder Rentner*innen bedeuten
464 lange Wege eine zusätzliche Belastung. Dabei sind insbeson-
465 dere Gebiete wie die Weststadt, Grone oder Holtenser Berg
466 schlecht mit Fachärzten ausgestattet, was soziale Ungleichhei-
467 ten zusätzlich verstärkt.

468 Ein anderes Beispiel ist die Hilfe für psychisch Erkrankte. Ihre
469 Zahl ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Die Be-
470 schäftigten des Sozialpsychiatrischen Dienstes, die diesen Men-
471 schen helfen, sind völlig überlastet, weil nötiges Personal von
472 der Stadt nicht eingestellt wird. Dabei wissen Betroffene, dass
473 es ohnehin schwer ist, Termine für therapeutische und psychi-
474 atrische Hilfe zu bekommen.

475

476 Wir werden uns im Stadtrat einsetzen für:

477 • die sofortige Umsetzung des sozialen Zentrums Innen-
478 stadt in der alten JVA am Waageplatz, die von SPD, FDP
479 und CDU blockiert wird – ohne zusätzliche (unnötige)
480 Machbarkeitsstudie;

481 • die Einstellung von ausreichend Personal im Sozialpsy-
482 chiatrischen Dienst und dass die Angebote gestärkt wer-
483 den, Erkrankte brauchen fachlich gute Hilfe;

484 • den Ausbau akzeptanzorientierter Drogenpolitik und
485 Vorsorge;

- 486
- 487
- 488
- 489
- 490
- 491
- 492
- 493
- 494
- 495
- 496
- 497
- 498
- 499
- 500
- 501
- 502
- 503
- den Aufbau oder die Stärkung sorgender Sozialzentren, (inkl. kommunaler medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft) in jedem Stadtteil;
 - flächendeckende geburtshilfliche Versorgung, statt weiterer Kreissaalschließungen;
 - die (Re)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie Ausbau und Stärkung des Rettungsdienstes, insbesondere im ländlichen Raum;
 - Alternativen zur gewinngetriebenen Gesundheitsindustrie, wofür das Göttinger Gesundheitskollektiv ein Beispiel ist.
 - mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen; höhere Löhne und Tarifbindung ambulant und stationär; kommunale Programme für familienfreundliche Schichtmodelle und Betreuungsangebote; hochwertige Ausbildung mit mehr Anleitung und Lernzeiten.

504 8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung

505

506 Als Eltern wünschen wir uns eine qualitativ gute, verlässliche
507 und bezahlbare Betreuung für unsere Kinder. Grundvorausset-
508 zung hierfür ist ein Arbeitsumfeld, in dem Fachkräfte fair be-
509 zahlt werden, gesund und sicher arbeiten und sich persönlich
510 und beruflich weiterentwickeln können. Finanziell gut ausge-
511 stattete Kitas, Ganztagschulen und Horte mit ausreichend Per-
512 sonal tragen dazu bei, sowohl die Qualität der Betreuung zu ge-
513 währleisten als auch die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhö-
514 hen.

515 In der Realität finden Beschäftigte nämlich häufig ein Arbeits-
516 umfeld vor, dass durch Unterbesetzung, ein erhöhtes Arbeits-
517 pensum und eine hohe physische und psychische Belastung ge-
518 kennzeichnet ist.

519 Zugleich brauchen Eltern wohnortnahe und bezahlbare Betreu-
520 ungsplätze. Die derzeit in Göttingen erhobenen Gebühren sind
521 jedoch die höchsten in ganz Niedersachsen. Hinzu kommen
522 weitere Kosten für Verpflegung und die Inanspruchnahme von
523 Randzeitenbetreuung, um Familie und Beruf vereinbaren zu
524 können. Dies alles belastet Menschen mit geringen und mittlere-
525 ren Einkommen seit Jahren überdurchschnittlich und verfestigt
526 soziale Ungleichheit. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein,
527 dass es perspektivisch eine kostenfreie Kinderbetreuung auch
528 für Kinder unter 3 Jahren gibt. Bis dahin sollte man Kita-Beiträge
529 bei sehr hohen Einkommen nicht deckeln, um wiederum Bür-
530 ger*innen mit geringen und mittleren Einkommen entlasten zu
531 können.

532

533 Im Stadtrat werden wir dafür eintreten:

- 534 • dass es für alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenlo-
535 ses, gesundes Mittagessen gibt;

- 536
- 537
- 538
- 539
- 540
- 541
- 542
- 543
- 544
- 545
- 546
- 547
- 548
- 549
- 550
- 551
- 552
- 553
- 554
- 555
- 556
- 557
- 558
- 559
- 560
- 561
- 562
- dass die Randzeitenbetreuung ausgeweitet und Sondergebühren bei unteren Einkommensstufen abgeschafft werden, um allen Eltern eine bessere Organisation ihres Alltags zu ermöglichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten des Personals gehen und zu einer weiter steigenden Belastung führen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch für diejenigen gelten, die uns mit ihrer Arbeit den Rücken freihalten.
 - dass städtische Kitas mehr Personal erhalten und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Städtische Kitas müssen hier vorbildlich sein. Zugleich werden wir das städtische Stipendienprogramm für angehende Erzieher*innen ausbauen, um Unterbesetzung präventiv vorzubeugen;
 - dass die Angebote, mit denen die Kinder- und Jugendhilfe, die Schulen bei der Verwirklichung des Ganztags unterstützt, auskömmlich finanziert und verstetigt werden;
 - dass die Auseinandersetzung mit Kinderrechten sowie Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen und Diskriminierung in städtischen Kindertageseinrichtungen zum pädagogischen Standard wird, damit unsere Kitas einen wertvollen Beitrag zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Integration unserer Kinder und zur Verwirklichung von Inklusion leisten können, z.B. durch das Konzept der „vorurteilsfreien Bildung & Erziehung“.

563 9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an.

564

565 Gesellschaftliche Teilhabe beginnt in der Kita mit dem spieleri-
566 schen Erlernen sozialer und demokratischer Werte und setzt
567 sich in der Schule fort.

568 Als Linke wollen wir eine „Schule für alle“, bei der Herkunft
569 nicht über Zukunft entscheidet. Eine solche Gemeinschafts-
570 schule ist ganztägig organisiert. In ihr ist Schulsozialarbeit etabliert
571 und sie bietet alle Bildungsabschlüsse an. So können unsere
572 Kinder mindestens bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam
573 lernen und werden nicht wie heute bereits nach der vierten
574 Klasse auf ein gegliedertes Schulsystem aufgeteilt, in dem soziale
575 Ungleichheit und Bildungsungerechtigkeit fortgeschrieben
576 werden.

577 Die Realität sieht jedoch anders aus. Auch die Göttinger Schu-
578 len müssen die strukturellen Probleme des Schulsystems bewältigen.
579 Zugleich müssen sie, neben der Verwirklichung des
580 Anspruchs auf Ganztagsbetreuung und inklusiver Beschulung
581 einen Umgang mit bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen
582 finden. So gibt es derzeit mehr Schüler*innen mit
583 Förderbedarfen und Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Ver-
584 halten sowie mehr Fälle von Mobbing und Gewalt. Unterstüt-
585 zende Strukturen wie Schulsozialarbeit und schulpsychologi-
586 sche Betreuung werden jedoch durch die Landesregierung
587 nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Die Kommune
588 kann wiederum die Schulen in ihrer Funktion als Schulträger
589 und durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen
590 sowie Austauschprozesse zwischen den beteiligten Akteuren
591 initiieren und koordinieren.

592 In Göttingen bewältigen die Gesamtschulen derzeit einen erheblichen
593 Teil der Herausforderungen im Bildungssystem. Doch statt diese zu stärken
594 und die Gymnasien stärker in die Pflicht

595 zu nehmen, haben sich SPD, CDU und FDP für eine Rückkehr
596 zum gegliederten Schulsystem durch den Aufbau einer neuen
597 Oberschule ab dem Schuljahr 2025/26 entschieden. Der Druck
598 auf die Gesamtschulen wird damit zwar reduziert, die Heraus-
599 forderungen der Schullandschaft aber nicht gelöst, sondern nur
600 auf eine neue, im Aufbau befindliche Schule verlagert.

601

602 Im Stadtrat werden wir uns dafür einsetzen:

- 603 • dass an den Schulen ausreichend Schulsozialarbei-
604 ter*innen beschäftigt werden und Schulpsycholog*in-
605 nen eng mit ihnen zusammenarbeiten. Hierfür stärken
606 wir das Programm *Lernen in Schule & Alltag* (LiSA).
607 Schulsozialarbeit soll an unseren Schulen gestärkt und
608 die Bedarfe der Schulen gedeckt werden, was in etwa
609 einer Vollzeitstelle pro 150 Schüler*innen entspricht;
- 610 • dass mehr Schulsozialpädagog*innen und weitere pädä-
611 gogische Fachkräfte Schüler*innen mit besonderen Be-
612 darfen unterstützen;
- 613 • dass darüber hinaus ein verbindlicher, dauerhafter und
614 gleichberechtigter struktureller Austauschprozess zwis-
615 chen allen an Bildungsprozessen in den Stadtteilen be-
616 teiligten Akteur*innen etabliert wird und Möglichkeiten
617 der gemeinsamen Weiterbildungen geschaffen werden.
618 Ein gemeinsames Verständnis entsteht durch verbindli-
619 che Kooperation, Zeit für Austausch und klare Struktu-
620 ren;
- 621 • dass die Arbeitsbelastung von Lehrenden auch durch
622 die Einstellung von mehr Schül*innen verringert wird,
623 die Lehrkräfte bei der Vorbereitung und
624 Durchführung des Unterrichts, aber auch bei Organisa-
625 tions- und Verwaltungsangelegenheiten unterstützen;

- 626 • dass Inklusion in allen Bildungseinrichtungen verwirklicht wird. Hierzu gehört auf Seiten der Stadt, barrierefreie inklusive und kindorientierte Räume und Ausstattung bereitzustellen;
- 627
- 628
- 629
- 630 • dass die Sprachförderung in Kitas und Schulen bedarfsgerecht ausgebaut wird, insbesondere in sozio-ökonomisch benachteiligten und durch Zuwanderung geprägten Stadtteilen;
- 631
- 632
- 633
- 634 • dass unsere Grundschulen durch gute Räumlichkeiten und Ausstattungen unterstützt werden;
- 635
- 636 • dass alle Schüler*innen ein kostenfreies, gesundes Mittagessen erhalten;
- 637
- 638 • dass kostengünstige und wenn möglich kostenfreie Betreuungsangebote in Ferienzeiten wie Kinder- und Jugendfreizeiten und Tagesbetreuung ausgebaut werden.
- 639
- 640
- 641

642 10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen

643

644 Unsere Stadt muss sich um unsere Jugend kümmern, um allen
 645 eine gute Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen. Da-
 646 für werden wir nicht nur sorgen, indem wir uns zum Beispiel für
 647 ein kostenloses Schulmittagessen einsetzen. Wir wollen auch
 648 Orte für Jugendliche schaffen und erhalten, an denen sie – ohne
 649 Verzehr- und Konsumzwang – eine gute Zeit verbringen können.
 650 Göttingen hat jedoch kaum öffentliche Plätze, an denen Ju-
 651 gendliche Zeit verbringen können, ohne etwas kaufen zu müs-
 652 sen. Es fehlen zudem frei zugängliche Sportanlagen.

653 Wir wollen Jugendzentren erhalten und stärken. Anbieter für
 654 Jugendarbeit – darunter neben der Jugendhilfe auch Einrich-
 655 tungen wie Kore e.V., die Frauenbildung und Mädchenarbeit
 656 leisten, oder das Queere Zentrum – erfahren unsere Anerken-
 657 nung und Unterstützung, weil junge Menschen dort ernstge-
 658 nommen werden und lernen, ihren eigenen Weg zu erkunden.

659

660 Im Stadtrat setzen wir uns dafür ein:

661 • dass es keine Kürzungen städtischer Gelder für die Ju-
 662 gendarbeit und stattdessen einen perspektivischen Aus-
 663 bau der Mittel gibt;

664 • dass Jugendzentren erhalten und gestärkt werden;

665 • dass Jugendarbeit langfristige und sichere Finanzierung
 666 erfährt, die den verschiedenen Projekten bessere Plan-
 667 barkeit garantiert;

668 • dass es mehr öffentliche Orte gibt, an denen sich Ju-
 669 gendliche (auch zusammen mit älteren Bürger*innen)
 670 sportlich betätigen können, egal ob z.B. Basketballfelder
 671 oder Parcourparks;

672 • dass es flächendeckende Freizeitangebote, unabhängig
 673 vom Geldbeutel gibt;

674

675

676

- dass das Jugendparlament eigenes Antrags- und Stimmrecht in kommunalen Gremien bekommt.

677 11. Sportvereine stärken

678

679 Sport verbindet Menschen und schafft Gemeinschaft – gerade
680 für Kinder und Jugendliche. In Göttinger Sportvereinen leisten
681 Menschen tagtäglich unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit: als
682 Trainerin auf dem Rasenplatz, als Vereinsvorstand, als ehren-
683 amtliche Helferin beim Spieltag. Ohne dieses Engagement wäre
684 Göttingen ärmer. Damit Vereine das leisten können, brauchen
685 sie verlässliche Bedingungen: beispielbare Plätze, offene Hallen,
686 ausreichend Personal vor Ort.

687 Die Göttinger Sport und Freizeit GmbH (GöSF) betreibt im Auf-
688 trag der Stadt die Sportstätten – Hallen, Bäder und Sportplätze.
689 Sie ist dabei selbst auf ausreichende kommunale Finanzierung
690 angewiesen: Gestiegene Personal- und Energiekosten haben
691 die GöSF in finanzielle Bedrängnis gebracht. Die Konsequenz er-
692 leben Vereine im Alltag: Platzwarte fehlen, Trainingszeiten fal-
693 len aus, Spieltage können nicht wie geplant stattfinden. Das ist
694 kein Versagen einzelner, sondern Folge jahrelanger Unterfinan-
695 zierung, die von der Stadt beendet werden muss.

696

697 Im Stadtrat werden wir uns dafür einsetzen,

698 • dass die GöSF ausreichend und dauerhaft finanziert
699 wird – damit Sportstätten, Bäder und Hallen für alle of-
700 fen bleiben und nicht durch steigende Eintrittspreise
701 zum Luxus werden.

702 • dass genug Platzwarte eingestellt und verlässlich einge-
703 plant werden, sodass Vereine die Sportplätze für Train-
704 ning und Spieltage sicher nutzen können – ohne kurz-
705 fristige Ausfälle und ohne, dass Vereine gegeneinander
706 ausgespielt werden.

707 • dass langfristig mehr Sportstätten gebaut werden, da-

- 708 mit die Vereine nicht um die wenigen kurzfristig verfügbaren Trainingszeiten konkurrieren müssen.
- 709
- 710 • dass die Göttinger Schwimmbäder erhalten und wo notwendig saniert werden, auch die Schwimmhalle der Universität und es ausreichend Möglichkeiten für alle Kinder gibt, frühzeitig das Schwimmen zu erlernen.
- 711
- 712
- 713
- 714 • dass gemeinnützige Sportvereine bei der Vergabe von Sportstätten Vorrang vor kommerziellen Anbietern haben. Öffentliche Anlagen wurden mit öffentlichen Mitteln gebaut – sie gehören zuallererst dem Vereinssport.
- 715
- 716
- 717
- 718 • dass frei zugängliche Sportmöglichkeiten im Stadtgebiet ausgebaut werden – von Basketballfeldern über Skateparks bis zu nutzbaren Sportflächen in den Stadtteilen. Wer keinem Verein angehört, soll trotzdem Sport treiben können.
- 719
- 720
- 721
- 722
- 723 • dass Sport als Gesundheitsprävention stärker gefördert wird – durch Kooperationen zwischen Vereinen, Krankenkassen und sozialen Einrichtungen, damit auch Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen und Menschen mit Behinderungen aktiv am Vereinsleben teilhaben können.
- 724
- 725
- 726
- 727
- 728
- 729

730 12. Für eine demokratische Kulturförderung

731

732 Zu einem guten Leben gehört auch kulturelle Teilhabe – also die
733 Möglichkeit, sich an Tanz, Musik, Theater, Film oder Kunst zu
734 erfreuen oder sich diese Bereiche selbst mitzugestalten.

735 Aber Kultur ist noch viel mehr. Kulturarbeit ist ein zentraler Be-
736 standteil einer demokratischen Gesellschaft, weil sie Räume für
737 Austausch, kritisches Denken und gesellschaftliche Debatten
738 öffnet. Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte und
739 eine offene Gesellschaft unter Druck stehen, kommt Kunst und
740 Kultur eine besondere Bedeutung zu. Die Stärkung von Kultur-
741 arbeit gehört für uns deshalb unverbrüchlich zum Kampf für
742 Vielfalt, gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von
743 Faschismus. Besonders wichtig sind uns deshalb Angebote für
744 Kinder und Jugendliche und eine Kulturarbeit mit demokrati-
745 scher und antifaschistischer Zielsetzung.

746 Die gute Nachricht ist: Göttingen hat eine vielfältige Kulturland-
747 schaft – von großen Institutionen bis zur freien Szene, von Fes-
748 tivals bis zu soziokulturellen Initiativen. Wir wollen den Kul-
749 turentwicklungsplan der Stadt unter Einbeziehung der Kultur-
750 schaffenden stärken und ausbauen.

751 Wir wollen für die nötige Wertschätzung für die vielen Kultur-
752 schaffenden sorgen, die – ob im K.A.Z, im Jungen Theater, in
753 der Musa, im Künstlerhaus, im Deutschen Theater, im Boat Pe-
754 ople Project oder vielen anderen Einrichtungen – unser Leben
755 bereichern und zugleich oft unter unsicheren Bedingungen und
756 für wenig Geld Kultur schaffen.

757

758 Im Stadtrat werden wir uns dafür einsetzen:

- 759 • dass eine langfristige Vision für die Kulturarbeit in Göt-
760 tingen entwickelt wird, dazu gehört auch, das Budget

- 761 der Stadt für Kulturförderung zu sichern und perspekti-
762 visch zu erhöhen, nötig sind mehrjährige Förderpro-
763 gramme für Kulturinitiativen;
- 764 • dass die freie Kulturszene strukturell gestärkt wird,
765 etwa indem bezahlbare Ateliers, Proberäume und Kul-
766 turorte geschaffen werden und leerstehende Gebäude
767 für kulturelle Nutzung öffnen;
 - 768 • dass Kultur fest in der Stadtentwicklung verankert wird
769 und soziokulturelle Zentren stärker gefördert werden;
 - 770 • dass Kulturangebote für alle Menschen – bspw. Über
771 den Kulturpass für Menschen mit niedrigen Einkommen
772 – zugänglich gemacht und kulturelle Bildung mit antifa-
773 schistischer und demokratischer Zielsetzung für Kinder
774 und Jugendliche ausgebaut werden;
 - 775 • dass die Stadthalle, deren Umbau mehr als 40 Millionen
776 Euro gekostet hat, für die ganze Stadtgesellschaft geöff-
777 net und damit nicht nur profitorientierten Veranstaltern
778 überlassen wird;
 - 779 • dass Kulturschaffende stärker an Entscheidungen betei-
780 ligt werden und künstlerische Arbeit fair bezahlt werden
781 kann.
 - 782

783 13. Feministische Stadtplanung

784

785 Frauen* und LGBTQIAs sind in unserer Gesellschaft immer noch
 786 benachteiligt, viel zu häufig machen sie Gewalterfahrungen.
 787 Das Bündnis gegen Femizide Göttingen macht darauf aufmerk-
 788 sam, dass Abwertung, Unterdrückung und Gewalt gegen
 789 Frauen alltäglich ist. Wir setzen uns für eine feministische Stadt-
 790 planung ein, die sich an den Bedürfnissen benachteiligter Be-
 791 völkerungsgruppen orientiert.

792 Einrichtungen wie zum Beispiel der Frauennotruf Göttingen
 793 e.V., das Frauenhaus oder Kore e.V., die Therapeutische Frau-
 794 enberatung e.V. oder das Queere Zentrum und dessen Bera-
 795 tungsarbeit möchten wir stärken.

796

797 Wir haben als Linke Göttingen ein feministisches Programm für
 798 unsere Stadt beschlossen. Demnach wollen wir uns unter ande-
 799 rem dafür einsetzen:

- 800 • dass die Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen und
 801 queere Menschen zuverlässig finanziert werden und
 802 Planungssicherheit bekommen;
- 803 • dass Beratung zu Unterhalt, Sorgerecht, Sozialleistun-
 804 gen und Wohnen gebündelt und leicht erreichbar sein
 805 muss;
- 806 • dass öffentliche Räume sicher sind: gute Beleuchtung,
 807 soziale Präsenz, barrierefreie Planung.
- 808 • dass Gehälter in städtischen Einrichtungen transparent
 809 gemacht werden; flexible Arbeitszeiten und -orte geför-
 810 dert werden, damit Beruf und Fürsorge vereinbar sind;
- 811 • dass pflegende Angehörige Beratung und Entlastungs-
 812 angebote direkt in den Stadtteilen bekommen und nicht
 813 erst, wenn es nicht mehr geht;

- 814
- 815
- 816
- 817
- 818
- 819
- 820
- 821
- 822
- 823
- 824
- 825
- 826
- 827
- 828
- 829
- dass Vergabe von städtischen Wohnungen an Alleinerziehende Priorität hat; Housing-First-Projekte insbesondere für wohnungslose FLINTA aufgelegt werden;
 - dass Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung – in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, in der Gesundheitsversorgung – aktiv verfolgt und geahndet wird;
 - dass öffentliche Räume, Parks, Sanitäreanlagen und Spielplätze für alle nutzbar sind;
 - dass Sitzungen kommunaler Parlamente zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden und Kinderbetreuung während der Sitzungen selbstverständlich ist;
 - dass ehrenamtliches Engagement auch für Alleinerziehende, Menschen in Teilzeit und ältere Frauen realistisch möglich ist.

830 14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teil- 831 habe fördern

832

833 Zuwanderung ist etwas Gutes. Wir wollen dafür sorgen, dass sie
834 noch besser gelingen kann. Wichtig ist zum Beispiel eine sozial
835 faire Verteilung von Kindern, für die Deutsch nicht die Mutter-
836 sprache ist, auf alle Schulen in Göttingen. Je mehr Kinder in ei-
837 ner Klasse sind, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, desto
838 schwerer machen wir es ihnen, die Sprache zu lernen. Und alle,
839 die zugewandert sind, müssen einen Deutschkurs besuchen
840 können. Wir brauchen genügend Sprachlernklassen und
841 Kursangebote für Erwachsene. Damit wir Menschen, die bei uns
842 Schutz suchen, das Ankommen erleichtern, wollen wir Einrich-
843 tungen wie das Migrationszentrum Göttingen unterstützen.
844 Das Jobcenter muss allen hier lebenden Menschen helfen, eine
845 Erwerbsarbeit zu finden. Arbeit ist ein wichtiger Schritt bei der
846 Ankunft und um aus Göttingen eine neue Heimat zu machen.

847

848 Wir werden uns dafür einsetzen:

849

- Abschiebungen zu verhindern;
- 850 • eine Willkommens- und Unterstützungskultur in kom-
851 munalen Behörden zu etablieren, auch durch Fort- und
852 Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen;
- 853 • dass Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für geflüch-
854 tete Kinder und Jugendliche gestärkt werden;
- 855 • dass das Migrationszentrum für Stadt und Landkreis
856 Göttingen und Angebote wie die AWO-Migrationsbera-
857 tung gesichert und ausgebaut werden;
- 858 • dass ausreichend Sprachlernklassen und Sprachkurse
859 kostenlos, flexibel und mit Kinderbetreuung angeboten
860 werden – als Grundlage für Teilhabe, nicht als bürokrati-
861 sche Pflicht;

- 862
- 863
- dass ein schnellerer Zugang zu Arbeit, Bildung, Sprachförderung sichergestellt wird.

864 15. Inklusive Stadt

865

866 Eine Stadt, die sich um alle sorgt und niemanden zurücklässt,
867 muss auch aus dem Blickwinkel von Menschen mit Benachteiligung
868 gedacht werden. In der Stadtplanung muss Barrierefreiheit
869 genauso selbstverständlich werden, wie bei Gebäuden und
870 im Verkehr.

871 Dazu gehört auch, dass Bürgersteige und Wege an vielen Stellen
872 zu eng sind, was z.B. für Rollstuhlfahrer*innen ein Problem
873 ist. Außerdem sind Bordsteine häufig nicht abgesenkt.

874 Wir möchten außerdem die Beschäftigten der Göttinger Werkstätten
875 in ihrer Forderung nach mehr Mitbestimmung unterstützen.
876

877

878 Wir fordern ein:

879 • Barrierefreie Zugänge zu Bildung, Kultur, Politik, Nahverkehr
880 und öffentlichem Raum;

881 • Mehr bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum;

882 • Barrierefreiheit im ÖPNV garantieren: abgesenkte Bordsteine,
883 taktile Leitsysteme, rutschfeste Beläge und breite Gehwege.
884

885 • Stärkung der Inklusionsbeiräte und der politischen Mitbestimmung.
886

887

888 **Wem gehört die Stadt? – Für eine Stadt(entwicklung)**
889 **mit und für die Bürger*innen**

890

891 Wir wollen Initiativen und gute Ideen aus der Stadtgesellschaft
892 aufgreifen und unterstützen, wenn sie das Gemeinwohl stärken.
893 Ein gutes Beispiel ist die Initiative für ein Soziales Zentrum im
894 Waageplatz-Viertel. Das Soziale Zentrum wäre ein Ort, an dem
895 Menschen medizinisch und therapeutisch versorgt werden
896 können, an dem sie Sozialberatungen erhalten, wo kostenlose
897 Kinder- und Jugendangebote gemacht würden und Menschen
898 sich treffen und eine gute Zeit zusammen haben könnten. Das
899 Soziale Zentrum wäre selbstorganisiert und eng mit der Nach-
900 barschaft verbunden.

901 Wir wollen zudem die Mitbestimmungsmöglichkeiten der
902 Stadtgesellschaft in kommunalen Angelegenheiten stärken.
903 Hierzu gehört für uns die verbindliche Einführung von Stadtteil-
904 versammlungen und Bürger*innenräten, die Stärkung von Ju-
905 gendparlament, Senior*innenbeirat und Inklusionsbeiräten –
906 und eben auch die Anhörung und Beteiligung städtischer Be-
907 schäftigter.

908 Zu einem funktionierenden Alltag gehört aber auch, sich keine
909 Sorgen machen zu müssen. Das Leben muss bezahlbar sein. Ob
910 Wohnung, Mobilität, Kita, Bildung, Gesundheit oder Kultur –
911 Herkunft entscheidet nach wie vor über Möglichkeiten und Zu-
912 gänge, über politische und soziale Teilhabe.

913 Wir wollen das ändern. Mit den in den vorherigen Kapiteln ge-
914 nannten Vorschlägen, aber auch mit dem Pilotprojekt Stadtteil-
915 kantine, die wir einführen möchten. Denn für viele armutsbe-
916 troffene Göttinger*innen ist es keine Selbstverständlichkeit,
917 ausreichend Lebensmittel und eine warme Mahlzeit am Tag zu
918 haben. Immer mehr von ihnen greifen auf Angebote von der

919 Tafel zurück oder besuchen den Mittagstisch der St.-Michaels-
920 kirche. Diese Angebote von überwiegend Ehrenamtlichen sind
921 überaus wertvoll. Doch die Stadt sollte sich bemühen, sie über-
922 flüssig zu machen und einen Beitrag dazu leisten, allen Men-
923 schen einen Zugang zu einem gesunden, bezahlbaren Mittagess-
924 sen zu ermöglichen. Deswegen schlagen wir die Einrichtung öf-
925 fentlicher Stadtteilkantinen vor, in der alle Bürger*innen eine
926 kostengünstige, gesunde Mahlzeit bekommen können, auf der
927 Grundlage von Lebensmitteln direkt aus der Region. Die Idee
928 folgt einem in Berlin diskutierten Beispiel und wäre ein Gewinn
929 für alle Beteiligten – und zugleich ein aktiver Beitrag gegen die
930 zunehmende Einsamkeit vieler Menschen. Zusammen ist man
931 weniger allein!

932

933 **Gerne kommen wir zu dieser und auch allen anderen Vor-**
934 **schlägen unseres Programms mit euch ins Gespräch. Wir ha-**
935 **ben eine Welt zu gewinnen, und am 13. September unsere**
936 **Stadt, unser Zuhause. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen.**

937

938